GRÜNE
GRÜNES BÜNDNIS BERN
grün.
Nr.30 | Februar 2018

BERN WÄHLT GRÜN

Grüne (GB und GFL): am 25. März

Liste 13 in den Grossen Rat wählen

Die vier Grossratskandidat_innen Andreas Tschöpe, Stéphanie Penher, Leena Schmitter und Regula Bühlmann bringen sich in Stellung. Sie stehen ein für soziale und umweltverträgliche Politik.

STAND
Hasim Sancar
● Nein zur Kürzung der Sozialhilfe

MITTEL
Natalie Imboden
● Allianz für mehr soziale Gerechtigkeit

BERN
Stéphanie Penher
● Tramprojekt ist ökologisch, sozial und wirtschaftlich

Nein zur Kürzung der Sozialhilfe

Die bürgerliche Mehrheit im Grossen Rat hat Kürzungen in der Sozialhilfe beschlossen. Mit grosser Wahrscheinlichkeit werden diese Kürzungen in der Märzsession verabschiedet. Ein Referendum ist unabdingbar.

Grossrat Hasim Sancar kämpft im Parlament und auf der Strasse gegen den sozialen Kahlschlag. Hier an einer Demonstration am 2. Dezember 2017 in Bern.

Sozialhilfe ist das letzte staatliche Auffangnetz für Armutsbetroffene. Sie wird nach den SKOS-Richtlinien ausgerichtet. Diese werden von der Konferenz der kantonalen Sozialdirektor_innen verabschiedet und die Höhe der Sozialhilfe ist heute schon knapp bemessen. Obwohl im Kanton Bern 12 Prozent der Bevölkerung armutsgefährdet sind, hat der bürgerlich dominierte Grosse Rat beschlossen, den Grundbedarf in der Sozialhilfe um 8 Prozent zu kürzen. Bei den jungen Erwachsenen und vorläufig Aufgenommenen geht diese Kürzung gar bis zu 30 Prozent! Damit fördert die Berner Regierung Armut, anstatt ihre Ursachen zu bekämpfen.

Gleichzeitig hat sie mit einem Entlastungspaket den Grosskonzernen ein Steuergeschenk von 160 Mio. Franken gemacht. Diese Umverteilung von «unten nach oben» dulden wir nicht! Wohlstand bleibt damit ein Privileg der Besserverdienenden, während Sozialhilfebezüger_innen schikaniert und stigmatisiert werden. Ein Sozialstaat sollte den Menschen Sicherheit und Selbstwert vermitteln statt Misstrauen, Scham und das Gefühl von Selbstverschuldung zu schüren.

Die Folgen solch massiver Kürzungen in zentralen Lebensbereichen der Betroffenen werden in der Gesellschaft noch anderweitig spürbar werden.

Soziale Gerechtigkeit kann mit Solidarität, materieller Sicherheit und stabilen Lebensverhältnissen gewährleistet werden. Sozialhilfe nach SKOS-Richtlinien bietet dafür eine minimale Basis. Mit grosser Wahrscheinlichkeit werden die Kürzungen in der Sozialhilfe auch in der Märzsession bei der zweiten Lesung mit Hilfe der Mitteparteien verabschiedet. Um gegen die ungerechte Entlastung der Reichen und die Belastung der Benachteiligten zu kämpfen, wird ein Referendum unabdingbar. Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht!

Hasim Sancar, Grossrat

Abstimmungen vom 4. März 2018

Stadt

- Sanierung und Erweiterung Volksschule Spitalacker: Baukredit ..... **JA**
- Überbauungsordnung Wohlenstrasse Eymatt (Tierheim) ..... **Stimmfreigabe**

Kantonal

- Volksinitiative «Für demokratische Mitsprache – Lehrpläne vors Volk!» ..... **NEIN**
- Kantonsbeitrag an die Projektierung und Realisierung von Tram Bern – Ostermundigen ..... **JA**

National

- Bundesbeschluss über die neue Finanzordnung 2021 ..... **JA**
- Volksinitiative «Ja zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren» (Abschaffung der Billag-Gebühren) ..... **NEIN**

«Das neue kantonale Energiegesetz geht in die richtige Richtung. Das Tempo ist jedoch bernisch gemütlich. Für uns Grüne dürfte es zügiger vorwärts gehen. Um die in Paris beschlossenen Klimaziele zu erreichen, liegen keine Fehlinvestitionen in Öl- und Gasheizungen oder schlecht gedämmte Häuser mehr drin.»

Mit kleinen Schritten in eine grüne Energiezukunft

Nachdem die Schweizer Bevölkerung die Energiestrategie 2050 mit 58 Prozent deutlich angenommen hat, wird der Grosse Rat voraussichtlich im März das neue kantonale Energiegesetz verabschieden. Beides sind wichtige, wenn auch aus grüner Sicht kleine Schritte in eine grüne Energiezukunft.

Energieverbrauch senken, Energieeffizienz erhöhen, erneuerbare Energien fördern und kein Neubau von Kernkraftwerken: Das sind die Hauptinhalte der Energiestrategie 2050, die von der Schweizer Bevölkerung im Mai 2017 deutlich angenommen wurde. Bei der Umsetzung spielen die Kantone eine zentrale Rolle. Um die kantonalen Energievorschriften zu vereinfachen und zu vereinheitlichen, hat die kantonale Energiedirektorenkonferenz Mustervorschriften erlassen (MuKEn). Mit der laufenden Teilrevision des Energiegesetzes übernimmt der Kanton Bern die MuKEn. So sollen im Kanton Bern künftig Neubauten einen Teil des Strombedarfs selber produzieren und die Wärmeversorgung soll hauptsächlich mit erneuerbaren Energien erfolgen. Ölheizungen bei Neubauten sind nur noch in Ausnahmefällen erlaubt. Mit dem neuen Energiegesetz dürfen die Gemeinden zudem strengere Anforderungen an die Gebäudeeffizienz vorschreiben. Aus grüner Sicht ist das neue kantonale Energiegesetz sicher ein Kompromiss. Die Grünen hätten sich strengere Standards gewünscht. Es ist heute möglich, Gebäude mit null Energieverbrauch oder sogar Plus-Energiehäuser zu bauen. Mit gut gedämmten Häusern und der Förderung von einheimischer erneuerbarer Energie stärken wir die lokale Wirtschaft.

Das sehen leider nicht alle so: Dem aus grüner Sicht harmlosen neuen Energiegesetz droht ein Referendum des Hauseigentümerverbandes.

Franziska Grossenbacher, Stadträtin GB

«Als grosser Nachrichten- und Musikfan bin ich entschieden gegen *NoBillag*. Denn RaBe begleitet und bereichert meinen Büroalltag. Dazu gehören die interessanten Fakten bei *Trumpwatch*, lokale Neuigkeiten und die sagenhafte Musikvielfalt. Besonders gefällt mir der Montagmorgen: Da spielt RaBe zahlreiche meiner geliebten Heavy-Metal-Songs. Wo gibt's das denn sonst? Im neoliberalen Radiomarkt etwa?»

Nein zum neoliberalen Medienabbau durch «NoBillag»

«NoBillag» gefährdet die Medienvielfalt und zahlreiche Arbeitsplätze, gerade in der Stadt Bern. Das nicht-kommerzielle Radio Bern RaBe stünde vor dem Aus.

Wird die Volksinitiative «NoBillag» angenommen, werden ab dem 1.1.2019 die Fernseh- und Radiokonzessionen an die Meistbietenden aus dem In- und Ausland versteigert. Zudem gibt es keine Fernseh- und Radiogebühren mehr. Damit fallen wichtige Einnahmen für die SRG und regionale Sender weg. Was heisst dies für die Stadt Bern? Auf einen Schlag würden zahlreiche Arbeitsplätze aufgehoben. Die SRG betreibt auf dem Platz Bern die Generaldirektion, die Bundeshausredaktion und das Radio SRF. Ebenso müssten TeleBärn und Radio Bern RaBe dicht machen. Heute stammen über die Hälfte ihrer Einnahmen aus den Gebühren.

Das Aus von RaBe wäre dramatisch. Es ist das einzige Berner Medium mit tagesaktueller und unabhängiger Berichterstattung, das nicht einem Zürcher oder Aargauer Medienkonzern gehört. Regional berichten nur RaBe und TeleBärn vertieft über Wahlen und die lokale Kulturszene. Zudem senden bei RaBe interkulturelle Redaktionen in 14 Sprachen. Es gibt Radio-Workshops für Menschen mit Beeinträchtigungen und Langzeitarbeitslose erhalten die Chance, ein Büropraktikum zu absolvieren.

Verdientermassen wurde RaBe mit dem Sozialpreis der Stadt Bern 2017 ausgezeichnet. Darüber sieht «NoBillag» mit seiner neoliberal inspirierten Logik hinweg. Ebenso wenig braucht es gemäss dieser Logik spannende Vielfalt, lokale Verankerung und unabhängige Berichterstattung. Das GB engagiert sich deshalb vehement gegen «NoBillag».

Andreas Tschöpe, GB-Mitglied

Allianz für mehr soziale Gerechtigkeit

Facts-Box

Leistungsabbau Kanton Bern 2018-2021

Auswahl, total 160 Massnahmen «Entlastungsprogramm 2018» (Referenzjahr 2020):

- Motivationssemester Arbeitslosenversicherung: 0.2 Mio.
- Abgeltung Listenspitäler: 5 Mio.
- Ausbildungsqualität nichtuniversitäre Gesundheitsberufe: 0.5 Mio.
- Medizinische Innovation: 3 Mio.
- Nicht-stationäre Psychiatrie: 6.2 Mio.
- Beiträge Schwangerschaftsberatung, Organspende: 0.085 Mio.
- Beiträge Tagesstätten im Altersbereich: 0.25 Mio.
- Alters- und Behindertenbereich: 1.1 Mio.
- Staatsbeiträge Behindertenintitutionen: 6.4 Mio.
- Behindertenbereich: 2.2 Mio.
- Versorgungspflicht Spitex-Institutionen: 6 Mio.
- Erhöhung Patient_innenbeiträge Spitex: 13 Mio.
- (Flüchtlings-) sozialhilfe: 7.8 Mio.
- Suchthilfe/Gesundheitsförderung: 2 Mio.
- Beiträge Kinder- und Jugendbereich: 0.082 Mio.
- Kindes- und Erwachsenenschutz: 1.5 Mio.
- Asylnotunterkünfte: 2.2 Mio.
- Sekundarstufe I (Lehrplan 21): 1.2 Mio.
- Pool «Integration, besondere Massnahmen» (IBEM): 2 Mio.
- Brückenangebote: 10 Mio. ab 2021 Beiträge Uni, BFH, PH Bern 4.9 Mio.
- Studiengebühren ausländische Studierende: 0.3 Mio.
- Natur: Renaturierung / Biotopschutz 0.55 Mio.
- Öffentlicher Verkehr: 5.32 Mio.

Leistungsabbau total: 160 CHF Millionen

Öffentliche Leistungen abbauen, die Sozialhilfe aushöhlen und gleichzeitig die Unternehmenssteuern senken. Gegen dieses perspektivenlose Abbauprogramm wehren sich die Grünen in einer breiten Allianz mit zwei Referenden.

Die zehn stärksten Unternehmen im Kanton Bern sollen 50 Mio. Franken weniger Steuern bezahlen, was ein üppiges 23-Prozent-Steuergeschenk ist. Die 700 ertragsstärksten Betriebe würden jährlich über 30'000 Franken weniger Steuern bezahlen. Im Kanton Bern gibt es 42'377 steuerpflichtige Unternehmen, grossmehrheitlich kleine und mittlere Unternehmen. Diese gehen aber leer aus. Die Grossratsdebatte im November 2017 hat klar gezeigt, was der Plan der bürgerlichen Mehrheit ist: Steuern senken für Grossunternehmen und gleichzeitig öffentliche Dienstleistungen im Umfang von 160 Mio. Franken abbauen. Der Abbau findet dort statt, wo sich die Betroffenen am wenigsten wehren können: In der Psychiatrie, in der Alterspflege, bei Armutsbetroffenen, bei Menschen mit Behinderungen, in der Jugendförderung und bei der Integration.

Grüne konnten Erfolge erzielen

Die Grünen konnten aber dank guter Lobbyarbeit auch Erfolge verbuchen. So wurden die Bio-Gartenbauschule Hünibach, das Programm «Stipendien statt Sozialhilfe», die Frauenberatungsstelle Infra und Fördergelder im Energiebereich dank des Einsatzes der Grünen vor dem Sparhammer gerettet. 35'000 Personen hatten im Vorfeld eine Petition zur Rettung der Gartenbauschule unterschrieben. Die entscheidende überparteiliche Motion «Rettet die Gartenbauschule Hünibach» von Andrea De Meuron (Grüne) wurde durch Stichentscheid mit 71 zu 70 Stimmen angenommen. Ebenfalls äusserst knapp, mit 74 zu 73 Stimmen, konnten Ausbildungsbeiträge von maximal 3'000 Franken an Jugendliche in der Berufsvorbereitung beziehungsweise Vorlehre gemäss dem Prinzip «Stipendien statt Sozialhilfe» (Anna Linder, Grüne) gerettet werden. Einmal mehr zeigt sich, dass jede (grüne) Stimme im Grossen Rat zählt!

Rote Linie bei Sozialhilfe überschritten

Am härtesten trifft der Abbau armutsbetroffene Menschen, die auf Sozialhilfe angewiesen sind. Die Revision des Sozialhilfegesetzes untergräbt die heute schweizweit anerkannten Richtlinien der Konferenz für Sozialhilfe, welche von den kantonalen Sozialdirektor_innen genehmigt wurden. Gemäss SKOS-Richtlinien beträgt der Grundbedarf für einen Einpersonenhaushalt 986 Franken. Im Kanton Bern soll dieser Betrag neu um mindestens 8 Prozent, teilweise gar um 30 Prozent gesenkt werden. Die rote Linie ist hier überschritten. Betroffen von der Verschlechterung ist auch die Asylsozialhilfe. Hingegen lehnte der Grosse Rat einen Masterplan der Städte ab, welcher die Arbeitgeber verpflichtet hätte, stellensuchende Personen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. In der Schlussabstimmung der ersten Lesung wurde das Gesetz mit 76 Ja und 63 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen.

Bruno Vanoni, Natalie Imboden und Lena Frank am 2.12.2017 an der Demo «Sozialen Kahlschlag stoppen».

Steuergeschenke für Grossbetriebe – Bevölkerung und KMU gehen leer aus

Gleichzeitig wurde eine Steuersenkung für Grossbetriebe für die Jahre 2019 und 2020 beschlossen, weitere Steuersenkungen sollen noch folgen. 2020 werden Grossbetriebe 160 Mio. Franken weniger Steuern zahlen, was sowohl beim Kanton (-103 Mio.), wie auch bei den Gemeinden (-52 Mio.) und Kirchgemeinden (-7 Mio.) zu Mindereinnahmen führt. Da die heute dreistufige Gewinnsteuer nur für die ertragsreichsten Unternehmen gesenkt wird, bezahlen kleine und mittlere Unternehmen gleich viel Steuern wie bisher. Steuergeschenke gibt es nur für wenige Grossbetriebe, darunter absurderweise auch staatsnahe wie die Swisscom oder die Post. Diese bezahlen künftig bis 23 Prozent weniger Steuern. Die zehn grössten Unternehmen im Kanton Bern erhalten im Jahr 2020 zusammen einen Steuerrabatt von sage und schreibe 50 Millionen Franken!

Die Grünen haben eine ökologische Gegenfinanzierung bei den Motorfahrzeugsteuern verlangt. Dies hätte jährlich Einnahmen von 100 Mio. Franken gebracht. Leider hat der Grosse Rat dies mit 77 zu 73 Stimmen knapp abgelehnt.

Somit ist klar, dass die Steuergeschenke für wenige Grossunternehmen mit dem Leistungsabbau bei Menschen mit Behinderungen und der Spitex finanziert werden.

Entlastung der Unternehmen führt zu Belastung von Privatpersonen

Heute tragen die Unternehmen mit den Gewinn- und Kapitalsteuern 545 Mio. zu den Steuererträgen bei und leisten damit 10 Prozent der gesamten Steuereinnahmen des Kantons von 5.1 Milliarden (2014). Nach der Steuersenkung würden Unternehmen immer weniger zu der Finanzierung öffentlicher Ausgaben wie Bildung oder Infrastrukturen beitragen. Dies auf Kosten der natürlichen Personen, welche stärker zur Kasse gebeten werden. Falls in der Märzsession im Kantonsparlament bei der Schlussabstimmung zum Steuer- und zum Sozialhilfegesetz keine Korrekturen gemacht werden, bleibt nur der Weg des Referendums, um sich gegen diese ungerechte Politik zu wehren.

Natalie Imboden, Grossrätin, Mitglied der Finanzkommission, Co-Präsidentin Grüne Kanton Bern

AKTIONS

- Save the date: Kundgebung «Kahlschlag Stoppen» voraussichtlich am Mittwoch, 21. März in Bern. Infos folgen unter: www.gbbern.ch/events

- Ab April benötigen wir alle möglichen Kräfte zum Sammeln von Unterschriften für die Referenden gegen Sozialhilfegesetz und Steuergesetz. Anmeldung: info@gbbern.ch

Tramprojekt ist ökologisch, sozial und wirtschaftlich

Das Tramprojekt, über das am 4. März abgestimmt wird, ist kein Luxusprojekt, sondern entspricht einem legitimen Bedürfnis der Bevölkerung.

Stéphanie Penher, GB-Präsidentin und Stadträtin: «Tramlinien sind die Lebensadern urbaner Siedlungsräume.»

Legt die kantonale Stimmbevölkerung am 4. März ein Ja in die Urnen, würde das erste Tram etwa 2027 nach Ostermundigen fahren. Die Bevölkerung in der Stadt Bern und in Ostermundigen wächst. Bis 2040 wird entlang der geplanten Tramachse Wohnraum für 2'300 Menschen entstehen. Wer in der Stadt und in Stadtnähe wohnt und arbeitet, reduziert nicht nur seine Verkehrswege und lebt damit schon ökologischer, sondern hat auch Zugang zu einem breiten kulturellen Angebot. Verdichteter Wohnraum ist dann attraktiv, wenn er gut an das Verkehrsnetz angebunden ist: Die S-Bahn für überregionale Verbindungen ergänzt Bus und Tram für die Feinverteilung in den Quartieren. Das Tram aus einer wachstumskritischen Sicht anzuprangern, ist deshalb fehlgeleitet. Denn nicht die wachsende Bevölkerung ist das Problem, sondern das ins Grenzenlose gesteigerte Konsumverhalten, welches auf immer neuen, vermeintlichen Bedürfnissen beruht.

Das Tram hingegen deckt ein legitimes Bedürfnis der Mehrheit der Bevölkerung und ist auch deshalb kein Luxusprojekt. Viele Menschen, die weniger Geld zur Verfügung haben, ziehen nach Ostermundigen, weil dort im Gegensatz zu Bern günstiger Wohnraum besteht. Auch diese Menschen haben Anrecht auf einen gut funktionierenden öffentlichen Verkehr und sollen sich nicht über Jahrzehnte in vollgestopften Bussen auf die Füsse treten müssen.

Die Agglomeration Bern ist das Zugpferd des Kantons Bern. Ihre Wirtschaftsleistung pro Kopf ist fast doppelt so hoch wie die des gesamten Kantons. Diese Stärke kommt dem ganzen Kanton zugute und hilft wiederum andernorts wichtige Infrastrukturprojekte mitzufinanzieren. Stimmen auch Sie am 4. März Ja: Denn die Entwicklung an zentrumsnahen, gut erschlossenen Standorten ist ökologisch, boden- und ressourcensparend, sozial und bringt den ganzen Kanton Bern vorwärts.

Stéphanie Penher, GB-Präsidentin

Rettet den Lehrplan 21

Nein zum Chaos in der Schule –
Nein zur Lehrplan-Initiative

Am 4. März 2018 wird über die kantonale Initiative «Lehrpläne vors Volk» abgestimmt. Sie richtet sich vor allem gegen den Lehrplan 21. Wir sehen diesen aber als sinnvolle Weiterentwicklung des bisherigen Lehrplans. Er nimmt gesellschaftliche Entwicklungen auf und reagiert auf wissenschaftliche Erkenntnisse. Bei der Erarbeitung standen Fachleute, Berufsverbände und Politik in engem Austausch miteinander. Mit der Annahme des HarmoS-Konkordates hat die Berner Stimmbevölkerung 2009 die Harmonisierung der Schulsysteme bestätigt. Der Lehrplan 21 bedeutet einen grossen Schritt in diese Richtung.
Das Grüne Bündnis unterstützt die bereits angelaufene Einführung des Lehrplans 21. Die Initiative will diese rückgängig machen und die Stabilität der Schule aufs Spiel setzen. Deshalb lehnen wir sie entschieden ab. Sagen auch Sie NEIN zur Lehrplan-Initiative!

Anna-Katharina Zenger,
Vize-Präsidentin Grüne Kanton Bern

Regula Bühlmann vom GB ist Stadtratspräsidentin

Markus Heinzer: Du bist die «höchste Bernerin» – was sagst du zu diesem Titel?

GB-Stadtratspräsidentin Regula Bühlmann in Aktion

● Regula Bühlmann: Theoretisch stimmt das. Aber in erster Linie trage ich eine Verantwortung gegenüber der Bevölkerung. Die Leute geben uns den Auftrag, sie zu vertreten. Das hat nichts mit «Befehlen» oder «Untertanen» zu tun, wie es im «Der Bund» dargestellt wurde.

Du bist jetzt ganz oben an der Spitze der Stadtpolitik angekommen. Hättest du dir das je erträumt?

● Ich war schon immer politisch interessiert, wollte Einfluss nehmen, um etwas zu verändern. Auch wenn ich meine politische Karriere nicht auf das Präsidium hin geplant habe, kommt es für mich deshalb nicht ganz überraschend.

Als Stadtratspräsidentin muss man die Sachpolitik etwas sein lassen. Findest du das schade?

● Nein, ich habe das Amt nur übernommen, weil ich meine Themen bei der GB/JA!-Fraktion in sehr guten Händen weiss. Als Stadtratspräsidentin kann ich auch übergeordnete Themen setzen. So kann ich beispielsweise am 8. März, dem internationalen Frauentag, mit der Traktandierung und einer Rahmenveranstaltung mit der Frauenzentrale den Fokus auf die Gleichstellung von Frauen und Männern legen.

Welche Themen möchtest du sonst noch ins Rampenlicht stellen?

● Die Teilhabe der vielen Menschen, die in Bern leben, aber weit weg vom Politbetrieb stehen. Manche möchten sich einbringen, haben aber kein Stimm- und Wahlrecht. Andere wollen nicht in die Politk einsteigen. Es ist an uns, auf diese Menschen zuzugehen. Und unsere Vorstösse sollten mit denen abgesprochen sein, die von der Umsetzung betroffen sind. Das passiert leider nicht immer.

Willst du damit sagen, dass die Stadträt_innen abgehoben politisieren?

● Nicht generell. Aber aus meiner Sicht müsste es selbstverständlich sein, dass wir den Austausch mit Menschen und Organisationen ausserhalb des Politbetriebs suchen. Es geht nicht nur darum, die eigenen Wähler_innen anzusprechen, sondern gerade auch jene, die am politischen Leben nicht teilhaben.

Du wirst als Stadtratspräsidentin viele Auftritte ausserhalb des Stadtrates haben...

● Ich möchte die Frage ins Zentrum stellen: Was ist Demokratie? Wie funktioniert sie? Und wer kann mitbestimmen? Es ist noch nicht einmal 50 Jahre her, dass die Frauen in Bern das Stimmrecht erhielten! Davor war es nicht selbstverständlich, dass die Frauen mitreden. In Bern hat jede_r vierte Einwohner_in keinen Schweizer Pass! Ich hoffe, dass es bald genau so absurd scheint, dass diese Menschen von der politischen Mitsprache ausgeschlossen sind.

Was willst du an der Arbeit des Stadtrats verändern?

● Wichtig ist mir, dass die Sitzungen konstruktiv und anständig ablaufen. Diskriminierende Voten dürfen im Berner Stadtrat keinen Platz haben. Daran werde ich als Sitzungsleiterin – aber auch im Austausch mit den Fraktionen – arbeiten.

Nützt dein Amt als Stadtratspräsidentin dem GB?

● Die Themen und Ziele des GB sind in meiner Politik sehr gut repräsentiert. Ich werde nicht direkt für die Partei Werbung machen können, da ich als Stadtratspräsidentin für den ganzen Stadtrat einstehe. Aber ich kann die Kraft des Amtes auch für unsere Ziele einsetzen. Umgekehrt gibt mir das GB Kraft für dieses Amt. Dafür möchte ich meiner Partei und ihren Mitgliedern danken.

Interview: Markus Heinzer, GB-Vizepräsident

AZB, 3000 Bern 1
Grünes Bündnis
P.F., 3001 Bern
Tel. 031 301 82 09
info@gbbern.ch

Sei dabei!

● Freitag, 2. März ab 18.00 Uhr, Le Beizli, Vidmarhallen
Kulinarisches Kulturdating – Politik für Geniesser*innen
Gemeinsam am Tisch mit spannenden Persönlichkeiten aus Kultur und Politik ein feines vegetarisches Menu geniessen und dazu kulturpolitische Gespräche führen? Das kannst du am kulinarischen Kulturdating im Le Beizli erleben. Nach jedem Gang wechselt die Zusammensetzung an den Tischen. Das Menu inkl. Getränke kostet 85.– pro Person. Anmeldungen bis 17.02.18 an: geniessen@lebeizli.ch

● Samstag, 3. März 2018, 13.00 – 14.00 Uhr
Tour de Berne mit Christine Häsler
Es finden sich die rot-grünen Regierungsratskandidat_innen auf dem Bärenplatz ein, um gemeinsam Werbung für die kommenden Gross- und Regierungsratswahlen zu machen. Mit dabei ist die grüne Nationalrätin und Regierungsratskandidatin Christine Häsler, die für Bernhard Pulver nachrücken möchte.

● Samstag, 10. März, 13.00 – 15.00 Uhr
Historisches Museum Bern (Foyer), Helvetiaplatz 5
AG Frauenpolitik geht ins Museum
Gemeinsamer Besuch der Ausstellung *1968*. Während zweier Stunden werden wir in die bunte und multimediale Welt von 1968 eintauchen. Regula Keller war damals schon dabei und wird mit spannenden Ein- und Rückblicken durch die Ausstellung führen. Dabei wird das Hauptaugenmerk auf die feministische 68er-Bewegung gelegt.

● Die nächste Mitgliederversammlung findet am 2. Mai 2018 um 18.30 Uhr statt.

Mach mit!

Fragen, Ideen oder Lust mitzumachen? Unsere Arbeitsgruppen und das Sekretariat freuen sich über jede Kontaktaufnahme.

● **AG Frauenpolitik**
Kontakt: Regula Bühlmann (regula_buehlmann@bluewin.ch)
● **AG Ökologie**
Kontakt: Franziska Grossenbacher (fragroba@gmx.ch)
● **AG Internationales und Migration**
Kontakt: Annemarie Sancar (annemarie.sancar@bluewin.ch)
● **AG Wirtschaft**
Kontakt: sekretariat@gruenebern.ch
● **AG Bildungs- und Kulturpolitik**
Kontakt: Markus Heinzer (info@markusheinzer.ch)
● **AG macht**
Kontakt: Ursina Anderegg (ursina.anderegg@gmx.net)
● **AG Polizei**
Kontakt: Rahel Ruch (rahel_ruch@hotmail.com)

Kontakt
Sekretariat
Geschäftsführer: Benjamin Steinweg
Grünes Bündnis Stadt Bern
Neubrückstrasse 17, 3012 Bern,
Postfach 6411, 3001 Bern, Tel. 031 301 82 09,
info@gbbern, www.gbbern.ch
facebook.com/GruenesBuendnisBern
PC-Konto: 30-37923-6. **Merci!**

Impressum:
Die Zeitschrift **grün.** für Mitglieder und Sympathisant_innen des Grünen Bündnis Stadt Bern erscheint viermal jährlich.
Abo-Preis: 20 Franken.
Redaktion:
Leena Schmitter, Stéphanie Penher, Markus Heinzer, Marius Christen, Christine Michel, Benjamin Steinweg.
Fotos:
Fabian Lütolf, Manuel Friedrich, Guido Sauter, Linda Pollari, Jürg Spori
Gestaltung:
transform.ch
Druck:
Bubenberg Druck- und Verlags-AG, Bern.
Redaktionsschluss grün. Nr. 31: 17. April 2018

SCHLUSS

Leena Schmitter, Stadträtin GB, Co-Fraktionspräsidentin GB/JA!

«When you smoke the herb…

…it reveals you to yourself». Diese Alltagserkenntnis Bob Marleys könnte in den aktuellen politischen Diskussionen angepasst werden: «When you talk about legalizing the herb, it reveals the structure of politics».
In den aktuellen Diskussionen über die Liberalisierung (!) des Cannabiskonsums jedenfalls läuft man Gefahr, die Übersicht zu verlieren und sich die Augen zu reiben, ob der bisweilen bizarren Bestimmungen: Stadtrat und Gemeinderat wollen den Konsum von Cannabis liberalisieren (juhu) – das BAG bremst und versteckt sich streberhaft hinter dem Betäubungsmittelgesetz (böh). Die Wissenschaft sieht auch kein Problem und würde sich über weitergehende Forschung freuen – und andere Städte wie Basel und Zürich haben wir eh im Boot. Von breiten Bevölkerungsschichten ganz zu schweigen.
Einmal mehr zeigt sich die Trägheit von Verwaltungshandeln, wenn man nicht etwas Mut an den Tag legt, drum: «Hey, BAG: Nimm's doch mal locker! Sei mutig! Es ist nicht so schlimm (und ja, der Alkohol ist viel schlimmer). Denk doch einfach an Bob Marley (den ich eigentlich gar nicht so gut finde, er ist lediglich der einzige, dem ein paar zitierwürdige Aussagen in den Mund gelegt werden können)». Jedenfalls, der Bob sagte eben auch: «Why drink and drive when you can smoke and fly?» (Autofahren ist auch gefährlich).

PS: Nein, ich habe beim Schreiben dieses Artikels nicht gekifft.